

Gemeinsame Erklärung von IndustriALL Global Union und industriAll European Trade Union zu COP26

**Es ist jetzt an der Zeit, zu handeln! Ein gerechter Strukturwandel muss heute
Realität werden!**

Anlässlich der 26. Konferenz der Vertragsparteien des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (UNFCCC), die vom 1. bis 12. November 2021 in Glasgow stattfindet, fordern IndustriALL Global Union und industriAll European Trade Union - die gemeinsam weltweit über 50 Millionen Arbeitnehmer*innen in der Industrie, im Energiesektor und im Bergbau vertreten - die Regierungen auf, **endlich zu handeln und einen gerechten Strukturwandel für alle und für alle Generationen Wirklichkeit werden zu lassen!**

Die internationale Gewerkschaftsbewegung spricht sich seit vielen Jahren für einen gerechten Strukturwandel aus, der mit den erhöhten Klimaschutzzielen in Einklang steht. Wir können die dringende Notwendigkeit nicht ignorieren, unsere globalen Anstrengungen zu verstärken, um so bald wie möglich Klimaneutralität zu erreichen. **Der Klimawandel betrifft jeden**, wie uns die jüngsten extremen Wetterereignisse rund um den Globus vor Augen geführt haben. Es darf aber nicht sein, dass die Arbeitnehmer*innen und die Armen als erste den Preis dafür zahlen. Die Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn werden nicht alle gleichermaßen betreffen. Die Arbeitnehmer*innen auf der ganzen Welt stehen im Mittelpunkt des Wandels und werden die Akteur*innen sein, die die Klimaschutzziele durch ihre tägliche Arbeit umsetzen.

Wir haben uns für die Aufnahme des Konzepts eines gerechten Strukturwandels in das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 und für die Entwicklung von ILO-Leitlinien zu dessen praktischer Umsetzung eingesetzt. In den ILO-Leitlinien wird die Notwendigkeit eines dreigliedrigen Dialogs unter Einbeziehung von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften in jedem der neun im Rahmen des gerechten Strukturwandels definierten Politikbereiche betont.¹ 2018, während COP24, haben 56 Parteien die Schlesien-Erklärung über Solidarität und einen gerechten Strukturwandel unterzeichnet und betont, „dass der gerechte Strukturwandel für die Arbeitskräfte und die Schaffung guter Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze entscheidend sind, um einen wirksamen und inklusiven Strukturwandel hin zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer klimaschonenden Entwicklung zu gewährleisten.“ In der Schlesien- Erklärung wurden alle relevanten Akteure aufgefordert, diese umzusetzen.

Trotz bedeutender Fortschritte ist gerechter Strukturwandel vielerorts noch zu oft nur ein schönes Wort auf dem Papier. Den Erklärungen und Absichtsbekundungen müssen nun konkrete Taten folgen. Insbesondere während der COVID-Krise und in der Zeit danach gingen Arbeitsplätze verloren, wurde der soziale Dialog nicht respektiert, und die Arbeitnehmer*innen in prekäre Verhältnisse gedrängt. Daher fordern IndustriALL Global Union und industriAll European Trade Union die Regierungen auf, nun endlich von schönen Worten zur Umsetzung eines gerechten Strukturwandels

¹ ILO, 2015, p.3, *Guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies for all*: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf

durch Maßnahmen und Ressourcen vor Ort überzugehen. Um dies zu erreichen, müssen Pläne für einen gerechten Strukturwandel in jedem Land systematisch in den UNFCCC-Berichtsprozess aufgenommen werden.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Industrieländer des Nordens in der Vergangenheit einen Großteil der globalen Erwärmung verursacht haben. Während die Klimakrise nun von allen Ländern weltweit entschlossenes Handeln erfordert, erkennen wir die Notwendigkeit gerechter Emissionsziele auf der Grundlage der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung sowie die Notwendigkeit der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den am wenigsten entwickelten Ländern an. Darüber hinaus müssen die multinationalen Unternehmen den notwendigen Wandel in ihren Lieferketten vollziehen und einen gerechten Strukturwandel auch für die Arbeitnehmer*innen in den Lieferketten gewährleisten.

Der Wandel ist bereits im Gange! Die globale Produktion und die wirtschaftliche Entwicklung sind einem raschen Wandel unterworfen, und zwar nicht nur aufgrund des Handlungsdrucks beim Klimaschutz. Die Globalisierung verändert die Wertschöpfungsketten, während die rasche Einführung disruptiver Technologien wie fortgeschrittene Digitalisierung, künstliche Intelligenz, 3D-Druck und andere bahnbrechende Technologien sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer vor die Herausforderung stellt, eine nachhaltige Industriepolitik zu konzipieren und umzusetzen und den Wandel der Arbeitsmärkte zu antizipieren. Die Schaffung und das Wachstum grüner und kohlenstoffarmer Technologien und die Kreislaufwirtschaft bieten ein großes Potenzial, um einen Ausweg aus der Klimakrise zu finden. Aber grüne Arbeitsplätze werden nicht automatisch zu guten Arbeitsplätzen, wie unsere Mitglieder bereits festgestellt haben. Ein gerechter Strukturwandel kann nur erreicht werden, wenn es sich bei den neuen Arbeitsplätzen um hochwertige Arbeitsplätze handelt, bei denen die grundlegenden Arbeitsnormen eingehalten werden, insbesondere die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf effektive Tarifverhandlungen. Dies erfordert einen starken sozialen Dialog unter voller Beteiligung der Gewerkschaften an der Antizipation und Bewältigung des Strukturwandels. Außerdem müssen die Tarifverhandlungen zu konkreten und qualitativ hochwertigen Ergebnissen für alle Arbeitnehmer*innen führen.

Darüber hinaus haben viele führende Volkswirtschaften angekündigt, ihre Klimaambitionen zu verstärken und das langfristige Ziel der Klimaneutralität festzulegen, was das Tempo des Wandels und der Umwälzungen in den Sektoren, in denen unsere Arbeitnehmer*innen arbeiten, beschleunigen kann.

Die COVID-19-Pandemie hat unseren kollektiven Forderungen noch einmal mehr Nachdruck verliehen. **Handelt jetzt, um eine gerechte Zukunft für die Arbeitnehmer*innen von heute und ihre Kinder zu sichern!** COVID-19 hat stattfindende strukturelle Veränderungen weltweit beschleunigt. Es hat außerdem die Existenz von Millionen Arbeitnehmer*innen rund um den Globus gefährdet. Wir beobachten massive Umstrukturierungen in unseren gemeinsamen Sektoren und Unternehmen, Werksschließungen und Entlassungen von Arbeitnehmer*innen als Folge der aktuellen Krise. Darüber hinaus beobachten wir, dass sich die Kluft zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden in Bezug auf die Reaktionen auf die Pandemie, die Schutzmaßnahmen für die Arbeitnehmer*innen und die Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft immer weiter vertieft. Da die Arbeitnehmer*innen an vorderster Front stehen und sehr oft unmittelbaren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, hat diese globale Notsituation Millionen von Arbeitnehmer*innen in Armut und Not katapultiert.

Im letzten Jahr wurden in vielen Ländern, insbesondere im globalen Norden, Konjunkturprogramme entwickelt, in denen die Krise als Chance für einen grünen und kohlenstoffarmen Aufschwung und einen besseren Wiederaufbau begriffen wird. Wir wollen, dass diese Konjunkturprogramme zu einem globalen Aufschwung beitragen, von dem alle, auch die Arbeitnehmer*innen weltweit, profitieren.

In diesem Zusammenhang bekräftigen IndustriALL Global Union und industriAll Europe auf der 26. Klimakonferenz der Vereinten Nationen ihren gemeinsamen Aufruf an die Regierungen und Parteien und fordern einen gerechten Strukturwandel, der die Industriebeschäftigten zu einem Teil der Lösung macht und sie in einen Übergang hin zu einer nachhaltigen Zukunft für alle einbindet!

Wir bekräftigen die notwendigen Aspekte, die von den Parteien endlich angegangen werden müssen:

1. Es sind **klare Verpflichtungen zu einem nachhaltigen Aufschwung auf globaler Ebene und zu industriepolitischen Maßnahmen** erforderlich. Auf nationaler und regionaler Ebene müssen Pläne und Strategien aufgestellt werden, die auf Investitionen in die Transformation der Industriesektoren hin zu Klimaneutralität sowie auf die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in neu entstehenden umwelt- und klimafreundlichen Industriesektoren abzielen und für gute Arbeit und integrative Arbeitsplätze sorgen. Es müssen angemessene Mittel und Einrichtungen für Forschung, Entwicklung und Innovation für bestimmte Sektoren und Lieferketten der Wirtschaft bereitgestellt werden, die die Entwicklung bahnbrechender Technologien unterstützen, die für die Dekarbonisierung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Entwicklung entscheidend sind. Dies erfordert ein Investitionsengagement sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite. In Zeiten der globalen Wirtschaftskrise und der kollektiven Bemühungen um einen Aufschwung ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Konjunkturpläne im Einklang mit den Verpflichtungen des Pariser Abkommens stehen und auf den Aufbau einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung und Wirtschaft und einer fairen Zukunft für alle ausgerichtet sind.

Darüber hinaus muss eine solide Industriepolitik die regionalen Unterschiede in Bezug auf die Kohlenstoffabhängigkeit und die sozialen Bedürfnisse berücksichtigen und gleichzeitig die Energieeffizienz fördern und die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern. Nachhaltige Entwicklung und die Schaffung guter Arbeitsplätze müssen vor allem in den Regionen erfolgen, die am stärksten vom Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft betroffen sind und enorme Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen. Kein*e Arbeitnehmer*in und keine Region sollte zurückgelassen werden. Die Förderung und Unterstützung der Entwicklung solcher Strategien muss daher eine Priorität darstellen.

2. **Es muss das gesamte Spektrum der Sozialprogramme und des sozialen Schutzes gestärkt werden.** Dazu gehören Gesundheits- und Sozialfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Renten und vor allem Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung sowie umfassende Systeme für lebenslanges Lernen. Wenn sich die Arbeitskräfte an eine neu gestaltete globale Industrie anpassen sollen, müssen Möglichkeiten zum Erwerb von übertragbaren Kenntnissen, Fähigkeiten und Qualifikationen frei zugänglich und reichlich vorhanden sein, während der Aufbau eines sozialen Schutzes für die betroffenen Arbeitnehmer*innen ein starkes Fundament des allgemeinen sozialen Schutzes erfordert. Auf COP26 muss klargestellt werden, dass die notwendige Bewältigung der Klimakrise nicht als Vorwand für Kostensenkungen und

Sparmaßnahmen dienen darf, gerade dann, wenn sozialer Schutz am dringendsten benötigt wird.

3. **Um eine nachhaltige industrielle Zukunft zu erreichen, sind kreative und mutige Anpassungsprogramme für die Arbeitnehmer*innen erforderlich.** Während sich herkömmliche, von oben nach unten gerichtete Anpassungsprogramme selten als wirksam erwiesen haben, erfordert ein gerechter Strukturwandel angesichts der potenziell massiven industriellen Transformation einen neuen Ansatz für eine solche Anpassung - zugeschnitten auf die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen, die von den zu erwartenden raschen Veränderungen in der Wirtschaft betroffen sind. Es wird keinen „Einheitsansatz“ geben, der für alle passt. Auch wenn unsere erste Wahl immer darin besteht, bestehende Arbeitsplätze umweltfreundlicher zu gestalten und den Lebensunterhalt der Arbeitnehmer*innen in diesen Sektoren zu sichern, so ist doch klar, dass der Wandel Sektoren und Arbeitsplätze unterschiedlich betrifft. Die Herausforderungen und Chancen werden für die Arbeitnehmer*innen beispielsweise in den Sektoren Bergbau, Energie, Stahl, Aluminium, Luft- und Raumfahrt, Automobil oder Chemie unterschiedlich sein. Bei unseren gemeinsamen Anstrengungen zur Umsetzung der Dekarbonisierung wird es in den meisten Sektoren zu einem Wechsel der Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kommen, aber wir werden auch erleben, dass Arbeitsplätze einfach verschwinden. Der soziale Frieden verlangt, dass die Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsplätze betroffen sein könnten, begleitet werden. Jüngere Arbeitnehmer*innen werden die Möglichkeit zu schätzen wissen, an hochwertigen Aus- und Weiterbildungsprogrammen teilzunehmen, während für ältere Arbeitnehmer*innen eine angemessene Überbrückungsbeschäftigung bis zum Vorruhestand am besten geeignet ist. Arbeitnehmer*innen in der Mitte ihrer beruflichen Laufbahn benötigen möglicherweise andere Formen der Unterstützung, wie die Förderung durch umfassende Weiterbildungsmaßnahmen und Programme für lebenslanges Arbeiten, um den Übergang zu neuen Arbeitsplätzen in umweltfreundlicheren und nachhaltigen Branchen zu schaffen. Familien und die Gemeinschaften und Institutionen, die von den heutigen Industrien abhängen, werden ebenfalls spezifische Unterstützung benötigen. COP26 muss den Arbeitnehmer*innen von heute und morgen eine positive Zukunft zusichern.

4. **Grünes Wachstum muss der Weg sein - und die grünen Arbeitsplätze müssen zu guten Arbeitsplätzen werden!** Während sich alle einig sind, dass das „neue“ Wachstum grünes Wachstum sein muss und dass grünes Wachstum grüne Technologien und angepasste Industriestrategien erfordert, fordern wir als Gewerkschaften, dass dieses grüne Wachstum auch zu einem Zuwachs an grünen Arbeitsplätzen und guten Arbeitsnormen führen muss. Es ist notwendig, dass die Arbeitnehmer*innen, die nützliche und nachhaltige Arbeit leisten (in der Produktion und im Dienstleistungsbereich), mit Respekt behandelt und nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Die Industrie der Zukunft muss eine Industrie für die Menschen sein. Gute Arbeitsbedingungen sind ein Grundbedürfnis für alle - besonders aber in den „neuen“ und grünen Technologien und Industrien. Dies bedeutet einen neuen „Deal“ für alle Arbeitnehmer*innen, der die Arbeitnehmer*innen aus Armut und Unsicherheit herausholt, mit einer Ausweitung des gewerkschaftlichen Organising,

Branchenverhandlungen, neuen Arbeitnehmerrechten, einer kürzeren Arbeitswoche und besseren Löhnen und Bedingungen.

5. **Die Arbeitnehmer*innen sind die eigentlichen Akteur*innen des Übergangs und müssen durch einen Sitz am Tisch anerkannt werden!** Vor dem Hintergrund des raschen technologischen Wandels, eines sich verändernden Arbeitsumfelds, neuer Gesundheits- und Sicherheitsrisiken und veränderter Bedürfnisse auf den Arbeitsmärkten fordern wir Regierungen, Industrie und Unternehmen auf, die Gewerkschaften wirklich in wirksame Mechanismen des sozialen Dialogs einzubinden. Die Arbeitnehmer*innen dürfen keine passiven Empfänger von Top-down-Politiken sein, die die Zukunft ihrer Arbeitsplätze bestimmen, sondern müssen aktive Mitgestalter nachhaltiger Übergangspfade sein. Dies bedeutet auch, dass die Arbeitnehmer*innen in vollem Umfang als einer der tragenden Stakeholder des Unternehmens und der Bewältigung der Klimakrise anerkannt werden und mithin voll in die Steuerung des Übergangsprozesses einbezogen werden. Nur durch die tatsächliche Achtung der grundlegenden Arbeitsnormen, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, des Rechts auf gewerkschaftliches Organising und des Rechts auf Tarifverhandlungen, können wir hochwertige Arbeitsplätze, solide Gesundheits- und Sicherheitsregelungen, Gleichberechtigung für alle Arbeitnehmergruppen und die Antizipation des Wandels erreichen. Wir erinnern die Parteien daran: **Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte**. Nur durch klare Verpflichtungen der Parteien und eine wirksame Umsetzung können die Parteien einen gerechten Strukturwandel schaffen.

In den oben genannten Punkten sind unsere Erwartungen an die 26. Klimakonferenz der Vereinten Nationen klar formuliert. Die Pandemie sucht unseren Planeten heim, schwächt unsere Volkswirtschaften und vergrößert Ungleichheiten und Armut weltweit. In einer solchen Zeit können wir es uns nicht leisten, dabei zu versagen, unsere Klimaverpflichtungen einzuhalten, eine gerechte, widerstandsfähige und nachhaltige Zukunft für alle aufzubauen und dies in voller Anerkennung der Arbeitnehmerrechte zu tun!

Die Industriebeschäftigten und die sie vertretenden Gewerkschaften sind bereit für diese Aufgabe.